

PRESSEMITTEILUNG

der Landesarmutskonferenz Berlin

Berlin, 14. November 2024

An alle Pressevertreter*innen

„Unkürzbar: Schlafplätze und Beratungen für wohnungslose Menschen dürfen kein Glücksspiel werden!“

Protestaktion am 20.11.2024 um 14 Uhr vor dem Roten Rathaus gegen die drohenden Kürzungen des Berliner Senats in der Wohnungsnotfallhilfe

Sehr geehrte Pressevertreter*innen,

unter dem Motto „Unkürzbar: Schlafplätze und Beratungen für wohnungslose Menschen dürfen kein Glücksspiel werden!“ protestieren soziale Organisationen und Unterstützer*innen gegen drohende Kürzungen des Berliner Senats in der Wohnungsnotfallhilfe.

Protestaktionen: Flashmob, leere Stühle und die „Schlafplatz-Lotterie“

Um auf die weitreichenden Folgen drohender Kürzungen aufmerksam zu machen, werden sich die **Teilnehmer*innen der Kundgebung in Schlafsäcken** vor dem **Roten Rathaus** auf die Straße legen – als Symbol für diejenigen, die die drohenden Streichungen besonders hart treffen. **Leere Stühle stehen für gestrichene Beratungsplätze** und eine symbolische **„Beratungsplatz- und Schlafplatzlotterie“** zeigt, wie willkürlich und unsicher die Hilfsangebote werden würden. Die Aktion visualisiert, dass der **Zugang zu Beratungen und Schlafplätzen in Berlin kein „Glücksspiel“ werden darf.**

Kürzungen im sozialen Bereich?

Der Berliner Senat diskutiert aktuell über **Kürzungen im sozialen Bereich** und wir sehen diese Entwicklung mit großer Sorge. Als Projekte der Wohnungsnotfallhilfe befürchten wir, dass es auch hier zu Kürzungen kommen kann und wollen mit unserer Aktion auf die **existenziellen Folgen für die betroffenen Menschen** hinweisen. Bisher gibt es keine verlässlichen Aussagen, welche Projekte genau von den Kürzungen, die im Januar in Kraft treten sollen, betroffen sein werden. Erst im Dezember wird hier mit finalen Entscheidungen gerechnet - dann jedoch unumkehrbar. Deshalb sagen wir bereits jetzt: **Kürzungen im sozialen Bereich sind inakzeptabel und bedrohen die existenziellen Hilfen für Menschen in Not.**

Auch andere soziale Bereiche sind von Kürzungen bedroht. Wir wollen hiermit auch ausdrücklich unsere Unterstützung aussprechen und weisen auf die geplante Kundgebung von Organisationen der Kinder- und Jugendhilfe sowie der Familienhilfe am 21.11.2024 um 9:30 Uhr vor dem Abgeordnetenhaus Berlin hin.

Folgen möglicher Einsparungen

Wir wollen auf einige der Folgen hinweisen, die mögliche Finanzierungslücken für wohnungslose Menschen haben:

- **Mehr obdachlose Menschen werden schutzlos der Kälte ausgeliefert.**
- Es gibt **weniger Beratungsplätze** zu sozialrechtlichen Fragen, der Unterstützung bei Antragstellungen und der Arbeits- und Wohnungssuche.
- Es gibt **weniger Sprachmittlungen.**
- sowie **weniger fachliche Begleitungen** zu Behörden.

Das bedeutet generell weniger existenzsichernde Unterstützung für wohnungslose Menschen!

Interviewmöglichkeiten

Vor Ort stehen Ihnen ab 13:30 Uhr Ansprechpartner*innen für Interviews zur Verfügung. Zu den Sprecher*innen gehören unter anderem:

- **Betroffene und Erfahrungsexpert*innen**, die selbst von Obdachlosigkeit und Armut betroffen sind
- **Monika Slobodzian**, Leitung Frostschutzengel, GEBEWO Pro
- **Marcel Nouvertne**, Mitglied der Projekt- und Verwaltungsleitung, Klik e.V.

Politik vor Ort

Alle im Abgeordnetenhaus vertretenen Parteien sind ebenfalls eingeladen, damit sie ihre Sichtweise zur Problematik darstellen können und um ihnen im Gespräch mit den Betroffenen die Folgen von Kürzungen deutlich zu machen.

Unsere Forderungen

Die **unterschiedlichen Projekte** der Wohnungsnotfallhilfe in Berlin haben **über Jahre hinweg umfangreiche Hilfsangebote für wohnungslose Menschen aufgebaut**. Schon mit den gegebenen Kapazitäten sind alle Angebote bis zur **Belastungsgrenze** ausgelastet. **Einsparungen** in diesem Bereich würden zu **Lasten der wohnungslosen Menschen** in Berlin gehen. Das Ziel des Nationalen Aktionsplanes und auch der Berliner Regierung zur Überwindung der Wohnungslosigkeit bis 2030 würde in unerreichbare Ferne rücken. **Schon heute ist Obdachlosigkeit so sichtbar wie noch nie in unserer Stadt.** Die Kundgebung soll verdeutlichen, dass Wohnungsnotfallhilfe und soziale Beratung unverzichtbare Hilfen im Kampf gegen Wohnungslosigkeit sind und keine verhandelbaren Leistungen in der

Haushaltsdebatte sein dürfen – sie sind **#unkürzbar**. Wir setzen uns daher im Interesse aller wohnungslosen Menschen für eine nachhaltige Finanzierung der Projekte in der Wohnungsnotfallhilfe ein.

Die Landesarmutskonferenz Berlin fordert den Senat dazu auf, dass alle bisherigen Hilfsangebote der Wohnungsnotfallhilfe weiterhin in vollem Umfang finanziert und nachhaltig gewährleistet werden!

Mit freundlichen Grüßen

Im Namen der Landesarmutskonferenz Berlin
Friederike Wagner

Pressekontakt auf der Demo: Friederike Wagner, Tel. 0173 6578912,
Email: fg.migration@landesarmutskonferenz-berlin.de

Kontakt:

Eva-Luise Volkmann
(Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der Landesarmutskonferenz Berlin)
T (030) 69 03 82 75 | M 01577 7203545
Mail: info@landesarmutskonferenz-berlin.de Web: www.lak.berlin